



Foto: Eckold

(Fortsetzung von Seite 1) Zunächst informierte Günther Witteck über die dem Forum vorangegangene Außerordentliche Beratung des Bezirksrates. In einer fast fünfständigen Debatte hatten sich die Abgeordneten über die Lage im Bezirk, erste Maßnahmen zur Sicherung des normalen Lebens sowie die wachsenden Anforderungen an den Rat und jeden einzelnen Volksvertreter verständigt.

Als eine der Hauptursachen für die entstandene komplizierte Lage, die einen erheblichen Verlust an Vertrauen in die Partei- und Staatsführung hervorgerufen hat, nannte der Ratsvorsitzende die Verletzung der Leninschen Prinzipien der sozialistischen Demokratie, vor allem die Deformierung des demokratischen Zentralismus. Im breiten Dialog gilt es konstruktive Lösungen zu finden. Dabei geht es nicht um eine Kosmetik des Sozialismus, sondern um grundlegende Fragen eines neuen Entwicklungsabschnitts. Jede Maßnahme zur Veränderung müsse jedoch den realen Möglichkeiten entsprechen. Versprechungsprogramme seien keine Grundlage für die Arbeit.

Eine wichtige Rolle spielt dabei die Wirksamkeit der gewählten Volksvertretungen. Ihr im Gesetz gegebener Entscheidungsspielraum ist voll auszunutzen. Zugleich sei es wichtig, die Befugnisse über materielle und finanzielle Fonds zu erweitern. Der Ratsvorsitzende unterbreite u. a. konkrete Vorschläge, wie fehlende Arbeitskräfte durch Sofortmaßnahmen ersetzt werden können. Mit einer Reduzierung des Leitungs- und Verwaltungsaufwands von jetzt 16 auf 13 Prozent des Arbeitsvermögens könnten 30000 Werkkräfte gewonnen werden. Ausführlich analysierte der Ratsvorsitzende die gegenwärtige Lage in verschiedenen Bereichen und deutete Lösungen an, wobei auch die TU zur aktiven Hilfe aufgerufen ist.

Unsere Mitschrift der knapp dreistündigen Diskussion umfaßt 40 A-5-Seiten - nachstehend einige wesentliche Passagen in komprimierter Wiedergabe.

„Die Ausbildung in der marxistisch-leninistischen Weltanschauung läßt zu wünschen übrig,“ beanstandete ein Student des 87er Jahrgangs an der Sektion 17. „Wir sind nicht in der Lage, sie offensiv darzulegen und zu vertreten. Im Wissenschaftlichen Sozialismus wird an den aktuellen Fragen vorbeigeredet.“ Es sei zu überlegen, wie ML lebensnäher vermittelt werden kann. Den Lehrplan Wissenschaftlicher Sozialismus sollte man für dieses Semester aussetzen und dafür im nächsten Semester ordentlich fortsetzen.

Sein Professor strebe an, ein Oberseminar der Besten zu bilden. Dieses Vorhaben werde jedoch nicht verwirklicht. Die Sache laufe nicht, weil die Sektion 18 befürchte, daß das Niveau durch die Herausnahme der Spitzenkader weiter sinke. Des weiteren schlug der erste Diskussionsredner vor, zu Gunsten des Umweltschutzes, konkret für Waldpflanzungen, den Preis je Kilowattstunde um 4 Pfennig zu erhöhen. Er schloß mit der Feststellung: „Die ganze Republik baut in Berlin“ und fragte: „Wer baut in der Republik und welche Stadt wird nach Leipzig die Nr. 3?“

Der Rektor empfahl, die Besten in ihren Seminargruppen zu belassen, betonte jedoch, daß wir uns noch mehr um ein leistungsorientiertes Studium bemühen müssen, das sich durch Effektivität und Kreativität auszeichnet. Er empfahl, gezielt Ausbildungsvarianten zu schaffen, wo man auswählen und sich in Lehrveranstaltungen einschreiben kann. Der Student soll auch die Möglichkeit erhalten, sich vorzeitig prüfen zu lassen und sich um ein Leistungsstipendium zu bewerben.

Günther Witteck verwies darauf, daß die Taktstraße bereits in diesem Jahr aus Berlin zurückgezogen wurde. In der Hauptstadt werde lediglich Begonnenes fertiggestellt, jedoch nichts Neues mehr angefangen, so daß die Bauleute in unserem Bezirk wirksam werden können. „Ich glaube, daß wir nach dem 1. Studienjahr sehr gut allein laufen können und keinen Gruppenberater mehr benötigen“, rief es aus dem Auditorium. Der Rektor stimmte dem im Prinzip zu und meinte, man könnte auf alle Fälle in den letzten beiden Studienjahren auf Studienberater durchaus verzichten.

Eine Kommilitonin: Es gibt ja schon an westlichen Hochschulen die Praxis, sich für Lehrveranstaltungen und Prüfungen einschreiben zu lassen. Ferner schlug sie vor, jedem Studenten mit Studienbeginn eine Forschungsarbeit für die Industrie zu übergeben. Das hätte zwar zur Folge, daß diese Arbeit vielleicht nur 60 % der Studenten schaffen, dafür gäbe es aber auch weniger mittelmäßige Kader. Der Rektor erinnerte in diesem Zusammenhang auch an den bildungsökonomischen Aspekt dieser Frage; zu unseren Restriktoren gehöre, daß ein Studium auch in der vorgesehenen Zeit absolviert werde.

Auf das nächste Fragenpaket antwortete Prof. Vogt: Die Lehrpläne für die gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung müssen umgehend überarbeitet werden; das Grundlagenfach ML ist zu erneuern und muß die Fähigkeit vermitteln, das erworbene Wissen auch anzuwenden. - Der Geschichtsbetrachtung ist künftig ein anderer Stellenwert beizumessen, darum auch der neu einzuführende Kurs zur Geschichte der Arbeiterbewegung. - Gewiß, die Ausbildungsfähigkeiten der Lehrkräfte sind unterschiedlich, und manche sollten lieber nicht mehr lehren. Hier steht das Leistungsprinzip gegen das Privileg, als Hochschullehrer auf Lebenszeit berufen zu sein. - Die TU-Gesellschaftswissenschaftler haben Forschungsvorläufe für die künftige Gesellschaftsstrategie in unserem Land; sie legen Modelle und soziologische Studien vor. Seit geraumer Zeit wurden z. B. ernste Bedenken gegenüber der Sozial- und Subventionspolitik angemeldet. Die bisher erarbeiteten zahlreichen Konzeptionen werden wir jetzt nutzen. - Der Bauablauf für unser Zentrales CAD/CAM-Labor verzögerte sich infolge nicht aufgehender Bilanzen. Im Dezember soll es weitergehen.

Auch wenn soziologische Erkenntnisse im Panzerschrank verschwand, entgegnete dazu einer der künftigen Bauingenieure, hätte man uns wenigstens einen Teil der Ergebnisse vermitteln können.

Es sei richtig, sagte Thomas Daffner, daß über studentische Interessenvertre-

terung und Leistungsprinzip bisher zwar viel gesprochen wurde, der Student aber wenig davon spürte. Schnelle Lösungen müssen her. Das gelte auch für die auf dem Forum geforderten Rechte der Studenten bei der Einschätzung von Leistungen ihrer Hochschullehrer (der Assistent lese oftmals besser als ein Professor), bei der Mitbestimmung im Wohnheim, bei Entscheidungen in den verschiedensten Gremien.

„Sind Sie für das Mitspracherecht der Studenten bei der Gestaltung der Lehrveranstaltungen und der Vergabe des Leistungsstipendiums?“ Der Rektor sprach sich mit Nachdruck dafür aus. Er werde sich auch dafür einsetzen, daß die Anzahl der Studenten im Wissenschaftlichen Rat und in dessen Senat erhöht wird.

Wie sich die FDJ zu erneuern gedanke, ob sie künftig mehr die Interessen der Studenten als die der staatlichen Leitung vertreten wolle, warum man versuche, gegen die Gruppe „Pankow“ Stimmung zu machen? - diese und weitere sehr energiegeladene und zwingend gestellte Fragen sowie Vorschläge kamen aus dem Kreis der Forumsteilnehmer. Sie warfen auch Probleme der Teilnahme am Studentenommer und der ROA-Bereitschaft auf. Eine der konkreten Fragen lautete: „Wann beginnt man, mehr Wert auf die Hauptkriterien Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft zu legen als auf SED-Mitgliedschaft und ROA? Zum Beispiel, wenn es um Aufnahme in die Meisterklasse oder das Leistungsstipendium geht.“

Dazu Prof. Vogt: „Schon immer haben wir in der Partei, im Senat usw. die Leistung als erstes gesehen und solche Entscheidungen nicht von der SED-Zugehörigkeit abhängig gemacht. Bei Leistungsstipendium sind primär die Leistung zu sehen und das Wort der Seminargruppe. Auch die GST-Mitgliedschaft, der Einsatz im Studentensommer, die ROA-Erklärung müssen echt freiwillig sein; keiner darf mit Lügen leben müssen. Trotzdem werden wir weiter zu den Studentenbrigaden aufrufen und auch nicht auf unsere Verteidigungsfähigkeit verzichten. Aber wir müssen uns ganzem Herzen mit all dem Schluß machen, was viele Jugendliche weggetrieben hat.“

Noch vieles kam an diesem Abend zur Sprache und fand Antwort, die inzwischen auch durch die Praxis gegeben worden ist - vom Reisen bis zur nunmehr erfolgreichen Veröffentlichung der Umweltbelastungsdaten, vom Devisenrücklauf bis zum ZV-Einsatz als Krankenpfleger oder Facharbeiter.

Erfrischend war diese Aussprache, klar, instruktiv, auch kontrovers, im wahren Sinne offen und freimütig. Eine Studentin hatte vor dem Beginn des Forums an die Wandtafel geschrieben: „Freiheit herrscht dort am meisten, wo es den Menschen schwermacht wird, ihre Meinung zu unterdrücken“. Wie wahr!

keit der Aufarbeitung der Geschichte der FDJ gesprochen, was einen langfristigen Prozeß von historischer Dimension darstellt. Es sei verfehlt, meinte Frau Dr. Christian, jetzt Hals über Kopf Taten folgen lassen zu wollen, die sich möglicherweise schnell wieder als neue Fehler herausstellen. Weitere Themen waren die militärische Ausbildung im Studium und die damit verbundene Diskriminierung von Bausoldaten bei Vergabe von Leistungsstipendien usw., die Anerkennung gesellschaftlicher Tätigkeit außerhalb von FDJ und Universität sowie die Zukunft bisher in der FDJ integrierter Strukturen, wie z. B. Jugendtourist.

In Bezug auf weitere Gespräche wurde vereinbart, daß versucht werden soll, zu einem nächsten Termin mehr Studenten zu erreichen. Außerdem sollen auch Einladungen an die Katholische und die Evangelische Studentengemeinde Dresden verschickt werden.

Nach einer Information von Michael Nitsche, 86/07/02

mit einem Energiewert von 2,45 MeV exakt wiedergegeben wurde (u. a. ND vom 20. 4. 89). Zwischenzeitlich wurden weitere Ergebnisse von uns erzielt, die den damaligen Effekt untermauern. In der Pressekonferenz (ND vom 21. 4. 89) wurde von uns darauf verwiesen, daß ... eine wirtschaftliche Verwertung der kalten Kernfusion derzeit noch nicht in Sicht ist. Ihrer Nutzung für eine Energiegewinnung, falls diese einmal möglich ist, müßten noch sehr viele Forschungen vorausgehen.“ Des weiteren wurde eine internationale Zusammenarbeit zur Klärung solcher Fragen der Grundlagenforschung von uns angeregt.

Zurückkommend auf die im Interview geäußerte Meinung bezüglich der Publikation wissenschaftlicher Ergebnisse und Hypothesen in der Tagespresse stimmen wir mit Ihnen überein, so daß wir von einer weiteren Diskussion in dieser Form Abstand nehmen. Sollte jedoch Prof. Alexander an einer wissenschaftlichen Diskussion mit uns über unsere wissenschaftlichen Ergebnisse interessiert sein, stehen wir gern zur Verfügung.

Auch nach unserer Auffassung wäre eine kleinspaltige ADN-Meldung zu dieser Zeit ausreichend gewesen. Das war damals auch unser Anliegen, dieses hätten wir aber konsequenter vertreten müssen.

Prof. D. Seeliger, Prof. K. Wiesener

Demokratie für uns und durch uns

Am 25. 10. 1989 fand eine offene FDJ-Aktivtagung der Sektion Physik der TU Dresden statt, in deren Ergebnis dieser Brief entstand. Über die einzelnen Punkte wurde abgestimmt. Es ging uns dabei nicht darum, endgültige Feststellungen zu treffen, vielmehr wollten wir einen Grundkonsens für die weitere Arbeit finden. Alle in dem Brief enthaltenen Punkte wurden mehrheitlich angenommen. Besonders kontrovers diskutierte Themen werden in Arbeitsgruppen weiter untersucht. Dazu wurde die Bildung folgender Arbeitsgruppen beschlossen:

- 1. AG: Grundansprüche und Werte im Sozialismus; Verwirklichungsformen der führenden Rolle der SED
- 2. AG: Konkrete Vorschläge für das Parlament der PDJ
- 3. AG: Rahmen und Ausgestaltung demokratischer Grundrechte im Sozialismus

Folgendes wurde beschlossen:

Unsere Position Wir sind Studenten und Mitarbeiter der TU Dresden, Sektion Physik. Wir sind aktive Mitglieder unseres Jugendverbandes, der Freien Deutschen Jugend. Wir kämpfen um den Fortschritt beim Aufbau des Sozialismus in unserer Deutschen Demokratischen Republik.

Demokratie Wir sind der Meinung, daß die führende Rolle der SED nicht in der Verfassung festgeschrieben sein dürfte, sondern daß sie sich diese Rolle in der Auseinandersetzung mit anderen demokratischen Parteien erwerben muß.

Weiter halten wir es für notwendig, die Gewaltenteilung als Grundlage der Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen. Das bedeutet, die Verantwortlichkeiten zwischen Staat - Partei/Parteien sowie zwischen einzelnen Ämtern zu klären und genau aufzuteilen. Der Ministerrat als eigentliche Regierung der DDR darf nicht länger zum ausführenden Organ von Politbüroentscheidungen degradiert werden. Wir sind gegen eine Konzentration von Macht auf einzelne Personen. Es erscheint uns bedenklich, daß ein Führungswechsel innerhalb der Partei zu einer Wende der Staatspolitik führen kann. Leitungsentscheidungen sollten transparent gemacht werden. Sämtliche Gremien, die Entscheidungen fällen, sowie die Prozesse der Entscheidungsfindung müssen der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Um die Irreversibilität der in unserer Gesellschaft beginnenden demokratischen Entwicklungen zu sichern, ist ein konsequentes Führen einer Fehlerdiskussion auf allen Ebenen erforderlich (unseren Verantwortungsbereich klammern wir nicht aus). Die Fehleranalyse ist präzise und öffentlich zu führen. Verantwortlichkeiten für getroffene Entscheidungen sind aufzuschlüsseln. Daraus sind Konsequenzen zu ziehen! Erfolgreiche personelle Änderungen halten wir für unzureichend!

Demokratische Wahlen Wahlen müssen Möglichkeiten aktiver Positionierung und echter Einflußnahme auf gesellschaftliche Prozesse schaffen. Das ist derzeit nur bedingt gewährleistet. Erfahrungen sind:

- eingeschränkter Kandidatenkreis; unabhängige Kandidaten (kein Mandatsträger) nicht aufstellbar, gleichzeitig jedoch: Zulassung unpolitischer Mandatsträger (VRSK, DTSB)
- Mängel bei der Durchführung der Kandidatenvorstellungen
- Wahlhandlung selbst zu einem Loyalitätsbeweis heruntergestuft
- vollkommen unzureichende Überprüfbarkeit veröffentlichter Wahlergebnisse (keinerlei Einsichtnahme in Wahlprotokolle der einzelnen Wahllokale auf den Räten der Stadtbezirke wie auch im Rathaus möglich; die nichtöffentliche Stimmenauszählung in Sonderwahllokalen widerspricht dem Wahlgesetz)

Der Abbau dieser Mängel ist nur mit einem veränderten Wahlgesetz möglich. Dazu bedarf es einer breiten öffentlichen Diskussion.

Punkte, die geprüft werden müssen, sind z. B.:

- Wird das politische Interessenspektrum der DDR-Bevölkerung in adäquater Weise durch das bestehende System von Parteien und Massenorganisationen vertreten? Inwieweit sind Änderungen in der Sitzverteilung in den Volksvertretungen erforderlich? Wichtig erscheint uns, daß demokratische Wahlen eine echte Auswahl zwischen Konzeption und Personen erlauben müssen. Das schließt ein: Präzisierung der rechtlichen Grundlagen und Möglichkeiten für das Wirken von Parteien, dahingehend, daß ihnen Raum für eine öffentliche Vorstellung eigener Programme zugebilligt wird etc., die Abschaffung der Einheitsliste, veränderter Wahlmodus (z. B. Ja/Nein-Stimme für jeden Kandidaten), Überprüfbarkeit der Wahlergebnisse.

Freiraum für eigene Verantwortlichkeit des Einzelnen Demokratie sollte Einfordern und Realisierung von Verantwortlichkeit des Einzelnen implizieren. Z. B. muß das Anhö-

ren von Bürgermeinungen Vorbedingung und Grundlage für das Füllen von Entscheidungen sein, die sie betreffen, dazu z. B. eine Praxis, wie sie beim Bau des Reinstilliumwerkes Dresden-Gittersee an den Tag gelegt wurde, sich nicht wiederholen kann.

Umfassende, sachgerechte und rechtzeitige Information der Bevölkerung Wir fordern eine wahrheitsgemäße Information über politische Vorgänge, die verschiedenen in der Gesellschaft vorhandenen Meinungen, über den realen Zustand unserer Wirtschaft und unsere Umwelt. In diesem Zusammenhang fordern wir z. B. die Aufhebung der Geheimhaltung von Umweltdaten. Unsere Presse muß eine Plattform des kulturvollen Meinungsstreites sein. Die bisherige Praxis des Totschweigens bzw. der Diffamierung politisch Andersdenkender muß durch eine Praxis der Toleranz und gemeinsamer Suche nach Wahrheit ersetzt werden.

Konkret scheint es notwendig zu sein, das Entscheidungsmonopol bestimmter Personen/Gruppen darüber, welche Informationen man dem DDR-Bürger zu kommen läßt, zu brechen; den Verlagen, Zeitungen und Zeitschriften vollständige Souveränität in den Entscheidungen über Inhalte und insbesondere Auflagenhöhen zu geben. Wir brauchen mehr unabhängige Zeitungen/Zeitschriften ohne Einschränkungen in den Druck- und Verbreitungsmöglichkeiten.

Eine wesentliche Voraussetzung für den Dialog sowie ein Zeichen für Demokratisierung muß eine umfassende Rechtsreform sein. Wir fordern, daß in der Verfassung verankertes Recht auf Meinungsfreiheit, das Versammlungs- und Demonstrationsrecht sowie das Recht auf Vereinigung gesetzlich garantiert werden. Die dafür vorhandenen Gesetze halten wir für unzureichend bzw. zu unpräzise, da von ihrer Interpretation abhängig, in welchem Maße kritische Gedanken ausgegrenzt werden. Wir fragen uns, inwieweit die bestehenden Parteien/Organisationen, deren Hierarchie ein Zustandekommen des Dialoges bis zum 11. 10. unmöglich machen, die einzuleitenden tiefen Reformprozesse als alleinige Kraft tragen können und dürfen.

Wir sind für die Durchführung von Meinungsumfragen nur durch Experten und die Veröffentlichung aller Ergebnisse. Wir fordern die Abschaffung der Genehmigungspflicht für Unterschriften-sammlungen sowie die Zulassung aller Vereinigungen und Organisationen, die sich auf den Boden des Sozialismus stellen. Wir fordern außerdem, daß das „Neue Forum“ die Möglichkeit erhält, sein Programm und seine Ziele öffentlich darzustellen.

Selbstverständnis des Jugendverbandes Die FDJ steht im Spannungsfeld von Anspruch-Möglichkeit-Wirklichkeit. Im Gründungsdokument der FDJ heißt es: „Die am 26. 2. 1946 im Sitzungssaal der Magistrate der Stadt Berlin ... anwesenden Mitglieder des Zentralen Jugendausschusses für die Sowjetische Besatzungszone bekundeten hiermit einmütig ihren Willen, sich zwecks Gründung einer überparteilichen, einigen, demokratischen Jugendorganisation „Freie Deutsche Jugend“ an die Sowjetische Militärverwaltung in Deutschland zu wenden ...“

Heute, in einer Zeit gesellschaftlicher Umbrüche und Veränderungen, steht die Frage nach dem Selbstverständnis der FDJ auf der Tagesordnung. Die Abwendung eines großen Teils der Jugend vor ihrem Land kann diesem Jugendverband nicht gleichgültig sein, es geht um die Existenzberechtigung und die Lebensfähigkeit der FDJ.

Der Anspruch laut Statut der FDJ: „Interessenvertreter der gesamten Jugend unabhängig von sozialer Herkunft und weltanschaulicher Überzeugung“ zu sein, die „politische Einheit der jungen Generation der DDR“ zu verkörpern, steht im Widerspruch zu einem weiteren Grundprinzip des Verbandes: „Die FDJ arbeitet unter Führung der SED und betrachtet sich als deren aktiver Helfer und Kampfreserve, Grundlage für die gesamte Tätigkeit sind das Programm und die Beschlüsse der SED ...“. Gerade die aktuellen Ereignisse zeigen, daß sich beides nicht vereinbaren läßt. Schlußfolgerungen daraus können nur sein:

- 1. entweder ein Jugendverband als Dachverband verschiedenster Interessengruppen und Vereinigungen, wobei dann nicht für alle der Führungsanspruch der Partei zuträfe, oder
- 2. die FDJ unter Führung der Partei als Verband des kommunistischen Nachwuchses und andere Jugendverbände als Interessenvertreter verschiedenster Gruppen und Schichten.

Zur Diskussion unserer konkreten FDJ-Arbeit, von Vorschlägen an das XIII. Parlament der FDJ, von Fragen zum FDJ-Statut usw. beschlossen wir die Durchführung einer weiteren öffentlichen FDJ-Aktivtagung am 1. 11. 1989. (Auf Platzgründen leicht gekürzt, d. R.)

## Zu Fragen unserer Zeit

(Fortsetzung von Seite 1) Für einen großen Teil der Jugendlichen wäre es überhaupt ein Problem, jetzt einen eigenen Standpunkt zu vertreten, da das über Jahre hinweg nicht gefragt war. Gerade jetzt sei ein erneuertes FDJ-Studienjahr wichtig, das zur Vorstellung verschiedener Philosophien, Weltanschauungen und Religionen sowie zur Diskussion grundsätzlicher gesellschaftlicher Probleme genutzt werden müsse. Ferner wurde die Frage nach dem prinzipiellen künftigen Charakter der FDJ, auch angesichts der Bildung von Studentenräten, aufgeworfen.

Frau Dr. Christian sprach sich dafür aus, daß die FDJ ein gewisses ideologisches Konzept beibehalten solle; Gruppierungen mit anderen Anschauungen aber nicht in der FDJ aufgehen bzw. von ihr vereinnahmt werden dürfen. Sie sagte, es könne in Zukunft keine Jugendorganisation in dieser Größenordnung und mit einem derartigen Aufwand arbeiten. „Geschlossenes Handeln“ wie in der Vergangenheit wird und darf es künftig nicht mehr geben. Als eine Möglichkeit betrachte sie die Bildung verschiedener Jugendorganisationen mit verschiedenen Programmen, um auch im gesellschaftlichen Überbau einen Leistungsvergleich zu ermöglichen, der auf wirtschaftlichem Gebiet bereits als notwendig angesehen wird.

Herr Dr. Friedel nannte als eine Möglichkeit, daß die FDJ eine Dachorganisation über verschiedenen Jugendverbänden sein solle, deren Unterguppen sich aus Mitgliedern gleicher sozialer Schichten bzw. Berufsgruppen zusammensetzen.

In dem mehr als zweistündigen Gespräch wurde auch über die Notwendig-

keit der Aufarbeitung der Geschichte der FDJ gesprochen, was einen langfristigen Prozeß von historischer Dimension darstellt. Es sei verfehlt, meinte Frau Dr. Christian, jetzt Hals über Kopf Taten folgen lassen zu wollen, die sich möglicherweise schnell wieder als neue Fehler herausstellen. Weitere Themen waren die militärische Ausbildung im Studium und die damit verbundene Diskriminierung von Bausoldaten bei Vergabe von Leistungsstipendien usw., die Anerkennung gesellschaftlicher Tätigkeit außerhalb von FDJ und Universität sowie die Zukunft bisher in der FDJ integrierter Strukturen, wie z. B. Jugendtourist.

In Bezug auf weitere Gespräche wurde vereinbart, daß versucht werden soll, zu einem nächsten Termin mehr Studenten zu erreichen. Außerdem sollen auch Einladungen an die Katholische und die Evangelische Studentengemeinde Dresden verschickt werden.

Nach einer Information von Michael Nitsche, 86/07/02

mit einem Energiewert von 2,45 MeV exakt wiedergegeben wurde (u. a. ND vom 20. 4. 89). Zwischenzeitlich wurden weitere Ergebnisse von uns erzielt, die den damaligen Effekt untermauern. In der Pressekonferenz (ND vom 21. 4. 89) wurde von uns darauf verwiesen, daß ... eine wirtschaftliche Verwertung der kalten Kernfusion derzeit noch nicht in Sicht ist. Ihrer Nutzung für eine Energiegewinnung, falls diese einmal möglich ist, müßten noch sehr viele Forschungen vorausgehen.“ Des weiteren wurde eine internationale Zusammenarbeit zur Klärung solcher Fragen der Grundlagenforschung von uns angeregt.

Zurückkommend auf die im Interview geäußerte Meinung bezüglich der Publikation wissenschaftlicher Ergebnisse und Hypothesen in der Tagespresse stimmen wir mit Ihnen überein, so daß wir von einer weiteren Diskussion in dieser Form Abstand nehmen. Sollte jedoch Prof. Alexander an einer wissenschaftlichen Diskussion mit uns über unsere wissenschaftlichen Ergebnisse interessiert sein, stehen wir gern zur Verfügung.

Auch nach unserer Auffassung wäre eine kleinspaltige ADN-Meldung zu dieser Zeit ausreichend gewesen. Das war damals auch unser Anliegen, dieses hätten wir aber konsequenter vertreten müssen.

Prof. D. Seeliger, Prof. K. Wiesener

## Effekt der kalten Kernfusion bestätigt

In der Tribüne Nr. 219 vom 7. 11. 1989 wurde ein Interview zur Thematik der Kernfusion in kondensierter Materie veröffentlicht. Als direkt Angesprochene beziehen wir dazu folgende Position:

In unseren Arbeiten im Frühjahr dieses Jahres stellten wir Ergebnisse vor, die sich dem Effekt des Auftretens von Neutronen bei der Elektrolyse eines Elektrolyten, basierend auf schwerem Wasser, zwischen Palladium- und Platinelektro-

sich speziell mit diesen Fragen beschäftigte, zur Diskussion gestellt.

Wir sind wie Prof. Alexander der Auffassung, daß wissenschaftliche Diskussionen auf wissenschaftlichen Podien und in den entsprechenden Fachzeitschriften zu führen sind. Deswegen haben wir auch nicht auf unvollständige Argumentationen von Prof. Alexander in dessen Beitrag in der Zeitschrift „Wissenschaft und Fortschritt“ 39, Nr. 9 (1989) S.

225-228 reagiert. Prof. Alexander hat sich offensichtlich über unsere wissenschaftlichen Publikationen und einige andere neuere Arbeiten nicht informiert, wie aus der Literaturzusammenstellung seines Artikels in „Wissenschaft und Fortschritt“ hervorgeht.

Wir möchten betonen, daß auch im Frühjahr in der Tagespresse der von uns gefundene Effekt von 0,09 plus/minus 0,02 schnelle Neutronen pro Sekunde



den beschäftigten. Über diese Arbeiten wurde in der wissenschaftlichen Zeitschrift Electrochimica Acta 34, No. 7 (1989) S. 991-993 und dem Mitteilungsblatt der Chemischen Gesellschaft der DDR 36 (1989) S. 151-154 informiert und die Ergebnisse auf internationalen Tagungen, so zum Beispiel dem Spring Meeting der Physikalischen Gesellschaft der USA in Baltimore am 1. 5. 1989, das